

Von: Michael Ruppert

Gesendet: Mittwoch, 27. September 2023 17:11

An: Buergermeisterin

Betreff: Antrag zum RAT : Aufnahme eines TOP "Überholverbot .."

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

für die FDP-Fraktion beantrage ich die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes
"Überholverbot für einspurige Fahrzeuge auf der Bahnhofstraße"
zur Sitzung des Rates am 24.10.2023.

Begründung:

Der Leiter des Tiefbauamtes hat die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt und Mobilität im August unter dem Punkt "Mitteilungen" damit überrascht, dass künftig - wenn auch noch ohne genaue Terminierung - für Teile der Bundesstraße 228 ein Überholverbot von Radfahrern und anderen "einspurigen Fahrzeugen" durch Aufstellung eines entsprechenden Verkehrszeichens (277.1) eingeführt werden soll. Darauf habe sich die Straßenverkehrsbehörde mit Straßen NRW geeinigt. Genauere Informationen in Form einer Vorlage liegen meiner Fraktion dazu nicht vor.

Nachdem Fragen des Radverkehrs auf der Bundesstraße im Zusammenhang mit der Stellplatzsituation jedoch erst im vergangenen Jahr zu einem umstrittenen aber erfolgreichen Bürgerentscheid geführt haben, erscheint es mindestens unsensibel, wenn eine solche Maßnahme ohne sachliche Beteiligung der Politik über eine lapidare Information verkündet wird.

In der Sache überzeugt das Vorhaben auch deshalb nicht, da Kraftfahrzeuge nach der Straßenverkehrsordnung Radfahrer innerorts ohnehin nur überholen dürfen, wenn sie einen Seitenabstand von eineinhalb Metern einhalten können. Es leuchtet daher nicht ein, dass dies jetzt auch untersagt werden soll, wenn sich dieser Seitenabstand verkehrsbedingt einhalten lässt.

Michael Ruppert
FDP-Fraktion